

Verdienstkreuz kann nicht aberkannt werden

Zu unserer Berichterstattung über die Friedrich-Flick-Straße erreichte uns folgende Leserzuschrift:

„Seit Wochen verfolge ich gespannt die Diskussionen um die Umbenennung der Friedrich-Flick-Straße in Schwandorf. Ich bin Historiker, einer der Macher der Zwangsarbeits-Ausstellung im Städtedreieck und habe den Ausstellungsteil zu Friedrich Flick entworfen. Ich bin mir im Klaren darüber, dass um Umbenennungen von Straßen in ganz Deutschland immer emotional und erbittert gestritten wird. In den letzten Tagen wurden von Gegnern einer Umbenennung jedoch Argumente bemüht, welche die politischen und historischen Fakten außer Acht lassen (...).

Wiederholt wurde gefordert, dass Friedrich Flick zunächst das Bundesverdienstkreuz aberkannt werden sollte, bevor man an eine Umbenennung der Straße denken könne. Hierzu ist klar zu stellen: Das Bundesverdienstkreuz kann rechtlich nach dem Tod des so Geehrten nicht mehr entzogen werden. Wir standen bei den Recherchen zur Ausstellung schon im Sommer 2009 im Kontakt mit dem Bundespräsidialamt. Der Sprecher von Horst Köhler teilte uns schriftlich mit: „Die Verleihung des Bundesverdienstordens ist eine höchstpersönliche Auszeichnung – mit dem Tod des Ausgezeichneten fehlt es an dem für den Entziehungsakt erforderlichen Adressaten.“ Eine Entziehung sei damit „weder gegenwärtig noch zukünftig möglich“. Die damalige Ehrung Flicks sei aus heutiger Sicht sicherlich problematisch, könne aber lediglich von Historikern in die damalige Zeit eingeordnet werden.

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden einige einflussreiche Positionen in Politik und Wirtschaft von Männern besetzt, die während des Nationalsozialismus Verbrechen begangen hatten. Bundespräsident Heinrich Lübke, der Flick 1963 das Verdienstkreuz verlieh, hatte als Bauleiter in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde selbst KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter eingesetzt – es liegt nahe, dass er keine Bedenken gegen die Ehrung hatte. Sein liberaler Vorgänger Theodor Heuss hingegen, der als Journalist von den Nazis angefeindet wurde, hatte sich stets einer Auszeichnung Flicks widersetzt. Er hielt den Industriellen für einen „Spekulanten“, der auch nach dem Krieg „keine Verdienste zum Aufbau der Wirtschaft“ vorzuweisen habe. Flick arbeitete hinter den Kulissen, über seine Verbindungen ins

Bundeskanzleramt, schon lange auf die Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz hin. Im Ausland machte man nämlich nicht gern Geschäfte mit einem verurteilten Kriegsverbrecher, einem Förderer der Nazis und Profiteur des Angriffskriegs. Der Orden sollte vergessen machen, dass Flick früh mit den Nationalsozialisten paktiert hatte. Flick spendete Gelder an mehrere Städte speziell mit dem Ziel, endlich das Verdienstkreuz angesteckt zu bekommen. Dabei achtete er stets darauf, dass seine Zuwendungen steuerlich abgesetzt werden konnten und möglichst Aufträge an die eigenen Firmen nach sich zogen.

Flicks Kalkül, sich mit dem Orden von seinen NS-Verbrechen reinzuwaschen, funktioniert noch immer – das zeigt die bisherige Diskussion in Schwandorf. Ich finde das erschreckend, denn die Partnerschaft seines Konzerns mit den Nationalsozialisten ist so gut erforscht wie bei kaum einem anderen deutschen Unternehmen. Alle meine Kollegen, die jahrelang sämtliche verfügbaren Konzernakten gesichtet haben, lassen in moralischer Hinsicht kein gutes Haar an Friedrich Flick.

Auch Unternehmer wie der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel zeigten sich schockiert angesichts der Forschungsergebnisse. Außerhalb von Flicks Heimatstadt Kreuztal und der Oberpfalz verbindet man mit dem Namen „Flick“: Korruption, die Ausbeutung von Zwangsarbeitern, die Enteignung von Juden und Profiteure durch den Krieg.

Gern würden wir unsere Ausstellung zur NS-Zwangsarbeit in der Region und zur Karriere Friedrich Flicks auch in Schwandorf präsentieren. Geplant war eine Station in der Berufsschule im Herbst 2010, mit neuen Erkenntnissen zur Zwangsarbeitergeschichte von Schwandorf. Da uns nach aktuellem Stand keine freie Einsicht ins Stadtarchiv gewährt wird, ist unklar, ob sich dieser Plan realisieren lässt. Auch Schwandorf sollte sich siebzig Jahre nach dem Krieg diesem unbequemen und verdrängten Kapitel der Stadtgeschichte stellen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich auf Grundlage der Quellen und Studien ein eigenes Bild über den Einsatz von Zwangsarbeitern verschaffen können. Es sollte kein Schlussstrich gezogen werden, bevor eine lokale Aufarbeitung überhaupt begonnen hat.“

Jan Jansen

Vorstand Projektgruppe „Zwangsarbeit“ e. V., Kurator der Ausstellung „Städtedreieck unterm Hakenkreuz - NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum“ Berlin